

Die Transformation der politischen Bildung in Ostdeutschland – Stand der Forschung

Sibylle Reinhardt



Sibylle Reinhardt

Diese Sammelrezension behandelt den Wandel der politischen Bildung in der Ex-DDR, denn seit der Vereinigung sind viele Erfahrungen berichtet und mehrere empirische Studien veröffentlicht worden. Den Ausgangspunkt, die Konzepte und die Wirklichkeit der Staatsbürgerkunde in der DDR, haben *Grammes/Schluß/Vogler* (2006) gründlich dokumentiert und analysiert (vgl. auch die Rezension von Walter Gagel in GWP 2/2007). Sie beschreiben und analysieren das zentralisierte System auf der Makro- und der Mikro-Ebene.

Im föderalen System mit der Bildungshoheit der Länder mussten die fünf neuen Bundesländer ihren je eigenen Weg gehen. Im Sammelband des Herausgebers *Wallraven* (2003) zeichnen mehr als 50 Autoren den Wandel der Institutionen, der Ziele und der Akteure nach und verfolgen die Aktivitäten im außerschulischen Bereich (Kirchen, parteinahe Stiftungen, Verbände, andere Nicht-Regierungs-Organisationen, Landeszentralen für politische Bildung) und für den schulischen Sektor. Für viele damals Beteiligte wird besonders die berufsbegleitende Weiterbildung von Ex-DDR-Lehrerinnen und Lehrern ein spannend zu lesendes Thema sein. Kontrovers erscheint die Bewertung der Transformation: Der Herausgeber sieht in seiner Nachlese einen überstülpenden Export der westdeutschen Politikdidaktik (S. 354ff.), was m.E. nicht mit den vorangehenden Aufsätzen übereinstimmt (dazu auch Biskupek 2002; Drygalla 2005; Orłowski 2006).

Die Sachsen-Anhalt-Studie (*Krüger/Reinhardt* u.a. 2002) erhob im Sommer 2000 poli-

tische Orientierungen und schulische Erfahrungen von 1.400 Schülerinnen und Schüler der Klassen 8-11 (repräsentativer Survey) und porträtierte qualitativ mehrere Schulen (vgl. dazu auch Pfaff in GWP 2/2003). *Biskupek* (2002) dokumentierte den Prozess des Wandels im Land Thüringen seit 1989 und interviewte zwölf Lehrende und vier Schüler(innen) in den Jahren 1996-1999. *Drygalla* (2005) stellte den Zusammenhang zwischen Transformation und der Bedeutung politischer Orientierungen für das demokratische System her. Sie hatte 2002 einen Fragebogen an mehr als 300 frühere DDR-Lehrer(innen) verschickt, die ein berufsbegleitendes Studium der Politikwissenschaft und ihrer Didaktik an der Universität in Magdeburg absolviert hatten (ein Drittel antwortete), auch interviewte sie sechs Lehrende ausführlich. Sie benutzte teilweise Fragen aus der Sachsen-Anhalt-Studie, was ebenfalls für *Orłowski* (2006) zutrifft. Orłowski hatte 2003 versucht alle Brandenburger Lehrenden für Politische Bildung zu erreichen, was sich sowohl für die Definition der Grundgesamtheit als auch für die finanziell erschwingliche Erreichbarkeit als schwierig herausstellte. Sie dokumentiert ausführlich den Wandel der Richtlinien, die Entwicklung des Schulfachs und die berufsbegleitende Ausbildung von Lehrkräften. Neuerdings berichtet *Henkenborg* (2007) die Untersuchung von 10 videografierten Unterrichtsstunden aus Sachsen, ergänzt durch Interviews mit den Lehrenden und durch Gruppendiskussionen mit Schülern.

Insgesamt wird die Transformation hervorragend dokumentiert, auch erhalten wir

einige empirische Ergebnisse, allerdings gilt dies nur für Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Das Fehlen ausführlicher Arbeiten für Mecklenburg-Vorpommern erklärt sich wohl aus dem Fehlen einer politikdidaktischen Professur an den Universitäten des Landes.

Das zentrale Motiv in der Transformation – wie viele Dokumente und Zeugen aussagen – war der starke Wunsch nach einer politischen Bildung in völliger Opposition zur Staatsbürgerkunde der DDR: Statt Indoktrination die Freiheit der Diskussion, statt autoritärer Lehre demokratische Wege in Unterricht und Schule, die Lernenden sollten von Objekten der Lehre zu Subjekten des Lernens werden (Biskupek 2002: 51ff., 72ff., 180); Drygalla 2005: 71, 109f., 230; Orlowski 2006: 30, 54). Diese drei Elemente entsprechen dem Beutelsbacher Konsens, und diese Entsprechung erklärt vermutlich, warum dieses Herzstück der bundesrepublikanischen Politikdidaktik im Osten weithin akzeptiert wurde. Auch Grammes/Schluß/Vogler (2006:493) nutzen den Beutelsbacher Konsens als Folie, um sozialistische Staatsbürgerkunde und demokratische politische Bildung zu kontrastieren.

Als Hauptproblem der Transformation zeigt sich, dass organisierte Institutionen relativ rasch verpflanzt werden können, dass aber kulturelle Institutionen mit ihren tief sitzenden Gewohnheiten im Denken, Fühlen und Handeln lang dauern (Drygalla 2005: 74, 81-83, 252f.). Kontroversen im Unterricht verunsichern Lehrer und Schüler, die früher nach klaren Wahrheiten und Leitlinien urteilen und handeln sollten. Demokratischer Pluralismus verlangt aber die Akzeptanz von Konflikten als legitim und notwendig und fruchtbar, das demokratische politische System verlangt Partizipation in einem System von Konflikten (z.B. politische Parteien, Wahlen, öffentliche Auseinandersetzung).

Als wichtige Ergebnisse der Forschungen können gelten: 1. Schüler wie Fachlehrer vertreten ziemlich anti-pluralistische Orientierungen in der Suche nach Harmonie, Führung und Konfliktlosigkeit (wie dies auch die allgemeine Umfrageforschung für Ost und West zeigt). 2. Lehr- und Lernprozesse politischer Bildung scheinen weithin durch die Lehrenden dirigiert zu werden, was sich in den Äußerungen von Schülern, den Angaben von Lehrern und in Unterrichtsstunden zeigt. Kontroverse Interaktionen wurden in Videoaufnahmen nicht ge-

funden 3. Berichtet werden aber auch modernere Interaktionen im Klassenzimmer. Das Bild ist also gemischt. Schüler glauben mehrheitlich, dass sie im Sozialkunde-Unterricht ihre eigene Meinung äußern können und dass ihre Lehrer sie dazu ermutigen.

Die zentrale Frage für die Zukunft ist also, wie der Konfliktcharakter von Politik und Demokratie in politischer Bildung repräsentiert werden wird. Dieselbe Frage stellt sich sicherlich auch im Westen, denn auch nach 50 Jahren Demokratie ist die Wirklichkeit politischer Bildung vermutlich auch dort zu häufig einem privaten Ideal von Gemeinschaftlichkeit und Harmonie verpflichtet (und befördert dann Politikverdrossenheit).

Biskupek, Sigrid: Transformationsprozesse in der politischen Bildung. Von der Staatsbürgerkunde in der DDR zum Politikunterricht in den neuen Ländern. Schwalbach, Ts.: Wochenschau Verlag 2002

Drygalla, Heike: Entwicklung demokratischer Einstellungen ostdeutscher Lehrer und ihre Relevanz für Schule und Studium. Berlin: Verlag Dr. Köster 2005

Grammes, Tilman/Schluß, Henning/Vogler, Hans-Joachim: Staatsbürgerkunde in der DDR. Ein Dokumentenband. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2006

Henkenborg, Peter: Demokratie lernen und leben durch kognitive Anerkennung. Eine empirische Untersuchung zur Lehrerprofessionalität im Politikunterricht in Ostdeutschland. In: Kursiv 2007, Heft 2, S. 35-43

Krüger, Heinz-Hermann/Reinhardt, Sibylle/Kötters-König, Catrin/Pfaff, Nicolle/Schmidt, Ralf/Krappidel, Adrienne/Tillmann, Frank: Jugend und Demokratie – Politische Bildung auf dem Prüfstand. Eine quantitative und qualitative Studie aus Sachsen-Anhalt. Opladen: Leske + Budrich 2002

Orlowski, Manja: Das Unterrichtsfach „Politische Bildung“ in Brandenburg. Eine qualitative und quantitative Studie. Berlin: Logos Verlag 2006

Wallraven, Klaus Peter (Hrsg.) Handbuch politische Bildung in den neuen Bundesländern. Schwalbach, Ts.: Wochenschau Verlag 2003